



Berlin, 9. September 2011

10 Jahre nach 9/11: GdP fordert Antiradikalisierungsprogramme

## Witthaut: Hassprediger haben in Deutschland keinen Platz

**Berlin.** „Zehn Jahre nach den verheerenden Anschlägen von New York und Washington muss die Frage beantwortet werden, wie lange radikal-islamistische Parallelgesellschaften in Deutschland noch geduldet werden. Nicht die Terrorgefahr von außen ist gestiegen, sondern die Gefährdung durch sogenannte Homegrown-Terroristen. Es ist nicht zu akzeptieren, dass in abgeschotteten Communities mutmaßliche Terror-Attentäter heranreifen“, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, in Berlin. „Die GdP fordert die Politik auf, mit wirksamen Konzepten solche Parallelgesellschaften aufzubrechen.“

Um die bestehende Gefahr durch hausgemachten Terrorismus wirkungsvoll einzudämmen, sei es, so der GdP-Vorsitzende, dringend notwendig, die soziale Einbindung der muslimischen Bevölkerung in Deutschland voranzutreiben. Witthaut: „Hassprediger, die unser Wertesystem offensiv bekämpfen, haben in Deutschland keinen Platz. Nur ein friedlicher Islam darf in Deutschland seine berechnete religiöse Stellung einnehmen.“

Witthaut forderte weiterhin die Auflage von Antiradikalisierungsprogrammen mit entsprechender personeller Ausstattung. Der GdP-Vorsitzende: „Antiradikalisierungsprogramme setzen auf Teilhabe. Menschen islamischen Glaubens dürfen sich in Deutschland nicht ausgegrenzt fühlen. Sie müssen motiviert werden, soziale Verantwortung zu übernehmen. Wer Akzeptanz und Respekt gibt und nimmt, wird seine Nachbarn nicht in die Luft sprengen.“

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressestelle:**

Michael Zielasko (Mobil: 01 72 – 20 64 568)

**Berlin:**

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190